

Presseinformation

Nr. 240 / 2014

Kiel, Donnerstag, 22. Mai 2014

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Gesundheit / Geburtshilfe Oldenburg

Anita Klahn: Das Ministerium steht in der Verantwortung, die Geburtshilfe zu sichern

Zur heutigen Berichterstattung der „Lübecker Nachrichten“ über die Schließung der Geburtsstation in Oldenburg, erklärt die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Es ist unfassbar, dass sowohl die Sozialministerin Alheit als auch ihre Staatssekretärin Langner bis jetzt keine Anhaltspunkte gehabt haben wollen, dass die Notfallversorgung für Entbindende im Kreis Ostholstein auf wackeligen Füßen steht.“

Im Sozialausschuss des Landtages haben wir Liberalen das Konzept der Sana-Kliniken und das Rettungskonzept mehrfach hinterfragt. Auch unsere diesbezüglichen schriftlichen Kleinen Anfragen hätten die Verantwortlichen im Ministerium zum Nachdenken bringen müssen. Stattdessen wurde wiederholt dargestellt, dass mit dem Einsatz von Rettungshubschraubern alle gesichert seien.

Die bisherige Kommunikation und die Einbindung der Betroffenen vor Ort ist mangelhaft und das Vorgehen des Ministeriums nicht durchdacht. Anstatt Probleme zu verharmlosen, hätte das Ministerium von Beginn an ehrlich über die Problemlage informieren müssen, damit alle Beteiligte in einem vernünftigen Zeitrahmen nach umsetzbaren Lösungen hätten suchen können.

Wir brauchen vernünftige Versorgungskonzepte für die Geburtshilfe. Das gilt nicht nur für den Oldenburger Raum, sondern für das ganze Land. Diese Diskussion müssen wir endlich führen und das Gesundheitsministerium ist aufgefordert, Lösungsvorschläge zu präsentieren. Die FDP-Fraktion hat daher für den nächsten Sozialausschuss erneut beantragt, dass Ministerin Alheit die nun zu Tage gekommenen Ungereimtheiten in Oldenburg aufklärt und einen Zwischenstand zu ihrem geburtshilflichen Versorgungskonzept gibt.“